

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 39 37. Jg.

3. Oktbr. 1924

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 0,25 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 0,50 Mk

Redaktion:

Hans Rönnger, Berlin, N 24, Elsassstraße 86-88/11. Redaktions-schluß: Montag. Telefon Amt Norden: 4268. Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24. — Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheideitz-Leipzig, Auguststraße 9-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonparallexzeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt für Verbandsmitteilungen sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Das Ziel der gewerkschaftlichen Lohnpolitik.

Die Lasten, die der Londoner Pakt dem deutschen Volke auferlegt, werfen ihre Schatten voraus. Nun, nachdem dieser Pakt abgeschlossen ist, geht es an die Verteilung der Lasten. Selbstverständlich ist für die Kreise der Besitzenden, daß Bruder Arbeiter alle diese Lasten trägt. Da aber Bruder Arbeiter Miene macht, die Rolle des Lasten-esels denen zu überlassen die tragfähige Schultern haben, und sich anschiekt, seine Lebenslage lebensmöglich zu gestalten, springt die Interessenvertretung der „Belange“ der deutschen Unternehmer die „Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände“ mit einer Schrift: „Die Lohnpolitik der Arbeitgeber“ auf den Plan, um die Situation zu retten.

Diese Denkschrift sucht den Nachweis zu erbringen, daß die Unternehmer immer die besten Absichten gegenüber der Allgemeinheit gehabt haben, daß aber aller guter Wille gescheitert ist, weil die — Gewerkschaften denselben nicht anerkennen. Die unerhörten Lohnforderungen der Gewerkschaften habe alles zusehender gemacht und ihre Lohnpolitik den Ruin herbeigeführt. In der Erwartung, daß die Gewerkschaften eine heraufkommende Konjunktur zur auskömmlichen Gestaltung der Löhne benutzen werden, entrichten sich der gequälten Unschuld folgende Fragen:

„Wir fragen die Gewerkschaften, bei welcher Lohnhöhe mit dieser Lohnpolitik Halt gemacht werden soll. Wir fragen, ob hier überhaupt ein Ziel gegeben ist oder ob man in den Geflogenheiten der Inflationszeit beharren will.“

Da die freien Gewerkschaften noch niemals eine Frage unbeantwortet gelassen haben, ist auch der Vereinigung der deutschen Arbeitgeber eine Antwort geworden, die der Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Fritz Tarnow, wie folgt erteilt hat:

Auf diese von der Vereinigung der Arbeitgeberverbände feierlichst gestellte Frage sollen wir offenbar antworten, ob wir einen Stundenlohn etwa von 1 Mk. oder 1,50 Mk. oder 2 Mk. oder welche Lohnziffer sohin als letztes Ziel unserer Lohnpolitik ansehen. Darauf wollen wir offen und ehrlich zugeben, daß wir ein solches, zahlenmäßig ausdrückbares, endgültiges Ziel für unsere Lohnforderungen tatsächlich überhaupt nicht kennen. Und wenn nun die Arbeitgeber im Gefühl der Genugtuung, einem Schwerverbrecher das Zugeständnis seiner schändlichen Gesinnung abgelistet zu haben, mit Entrüstung feststellen, daß also das Leitmotiv der gewerkschaftlichen Lohnpolitik eine unersättliche, überhaupt nicht zu stillende *Begehrlichkeit* sei, so müssen wir diesen Vorwurf auf uns nehmen. Wir wollen uns nicht einmal darauf hinausreden, daß um deswillen keine endgültig feste Lohnhöhe genannt werden könne, weil die Kaufkraft des Geldes nicht feststeht und bei sinkender Kaufkraft der Nominallohn erhöht werden muß, um den Reallohn stabil zu erhalten. Vielmehr müssen wir uns schuldig bekennen, selbst bei gleichbleibenden Kosten der Lebenshaltung von der Forderung nach weiteren Lohnerhöhungen nicht absehen zu wollen.

Das Ziel unserer Lohnpolitik.

Es lautet: „Den Arbeitern den vollen Ertrag ihrer Arbeit nach Abzug nur dessen, was zur Erhaltung, Verbesserung und Vermehrung der Produktionsmittel volkswirtschaftlich notwendig ist.“ Es ist klar, daß es nach diesen Grundsätzen eine zahlenmäßige Begrenzung der Lohnhöhe nicht geben kann; denn es liegt im Wesen der ökonomischen Entwicklung, daß die Ertragsfähigkeit der Arbeit fortgesetzt steigt. Wir wissen allerdings, daß wir in der kapitalistischen Wirtschaft das Ziel unserer Lohnpolitik nicht erreichen können; denn diese Wirtschaft kann nur lauten, wenn auch Kapitalzins und Unternehmerprofit vom Arbeitsertrags mit abfallen. Eben deswegen streben wir eine Wirtschaft an, in der die Arbeit von solchen Tributen befreit ist. Solange aber unser Wirtschaftsziel noch nicht erreicht ist, müssen wir unsere Bemühungen darauf verwenden, wenigstens den Anteil des Arbeitslohnes so hoch, den

Anteil des Kapitals und die Profiteure der Unternehmer so tief wie nur irgend möglich zu drücken. Wir können also ehrlicherweise nicht bestreiten, daß wir, solange die kapitalistische Profitwirtschaft besteht, immer eine Erhöhung des Lohnanteils fordern werden; denn der Zeitpunkt, wo wir 100 Prozent des Möglichen erreicht haben werden, kann erst jenseits der kapitalistischen Wirtschaft liegen.

Wenn die Unternehmer ebenso ehrlich wie wir wären, müßten sie als das Ziel ihrer Lohnpolitik bezeichnen: *einen möglichst großen Anteil aus den Arbeitserträgen für das Kapital und den Profit*; denn die Triebkraft der kapitalistischen Wirtschaft ist nicht Gewinn schlechthin, sondern möglichst hoher Gewinn. Es wäre gewiß übertrieben, von den Vertretern des Kapitals, ebenso wie von denen der Arbeit behaupten zu wollen, daß auch sie letzten Endes nicht weniger als 100 Prozent des gesamten Arbeitsertrages für sich anstreben. Das ist aber keineswegs ein Beweis für ein größeres Maß von Bescheidenheit. Die Dinge liegen eben so, daß zwar eine Wirtschaft ohne Kapitalzins und Profit denkbar ist, nicht aber eine Wirtschaft ohne Arbeit.

Bei dieser Sachlage ist es klar, daß eine Verständigung über das Ziel der Lohnpolitik zwischen Arbeit und Kapital überhaupt nicht erfolgen kann. Das schließt aber keineswegs aus, daß zeitlich begrenzte Kompromisse geschlossen werden können, so daß die beiden Parteien sich nicht andauernd in offener Feldschlacht einander gegenüberstehen müssen. Sie müssen sogar notgedrungen zu Kompromissen kommen, weil es ihnen andernfalls so gehen würde wie den beiden Bauernjungen, die sich um den Besitz einer Taube raufen, während dem ihnen das Kampfbild davonfliegt, so daß sie beide schließlich nichts haben. Keine der Parteien hat etwas davon, wenn sie ihren Anteil im Verhältnis zu dem der anderen erhöht, wenn dadurch das Gesamtobjekt — also das Gesamtertrags der Wirtschaft — gleichzeitig sich so vermindert, daß auch der vergrößerte Anteil weniger ist als vordem der geringere. Darum lautet letzten Endes die *praktische Lohnpolitik* darauf hinaus, jenes Kompromiß zu finden, das nach Abwägung aller in Betracht kommenden Verhältnisse der Billigkeit entspricht, wobei es im wesentlichen darauf ankommt, das Ergebnis zu erkennen, das gegebenenfalls auch im offenen Kampf erreicht werden würde. Die Kunst dieses Erkennens wird wohl niemals gleichzeitig auf beiden Seiten soweit entwickelt sein, daß in der Wirtschaft störende Kämpfe ganz vermeidlich würden. Aber zweifellos liegt es im Interesse beider Teile, diesem Ziel möglichst nahe zu kommen.

Angesichts der traurigen wirtschaftlichen Zustände, die uns gegenwärtig umgeben, wäre es sicher mehr denn je geboten, ohne Beeinträchtigung der Wirtschaft zu einer Verständigung zu kommen. Aber es ist der Fluch eben dieser selben wirtschaftlichen Zustände, daß sie das soziale Machtgefühl der Unternehmerklasse dermaßen übersteigert hat, daß bei ihr der Blick für das Erreichbare ganz verlorengegangen ist. Was die Unternehmer heute mit salbungsvollen Worten als „Verständigung“ anbieten, ist in Wahrheit Diktat, das sowohl in der Form wie in der Sache für die Arbeiterschaft schlechterdings unannehmbar ist. Lohndruck und Arbeitszeitverlängerung sind ihnen in erster Linie Mittel, nicht um die Wirtschaft zu heben, sondern um die Klassenmacht der Unternehmer zu stärken. Dazu die „verständnisvolle Mitarbeit der Gewerkschaften“ zu fordern, ist mehr als naiv.

Der objektive Maßstab für die Lohnmessung.

Wollte man wirklich ehrlich eine Verständigung in der Lohnpolitik, die den gegebenen Verhältnissen Rechnung trägt, so müßte man in bezug auf die zurzeit mögliche Lohnhöhe nach einem *objektiven Maßstab* suchen. Die Unternehmer erklären, daß der Lohn heute schon zu hoch wäre; die Arbeiter halten ihn im Gegenteil für zu niedrig und einen höheren Lohn für berechtigt und tragbar. Mit welchem objektiven Maßstabe kann hier ge-

messen werden, welche Anschauung die richtige ist? Die Arbeitgeber versuchen in ihrer Bröschüre mit einem großen Aufwand von Zahlen nachzuweisen, daß die Lohnhöhe heute nominell den Friedensstand überschritten, der Kaufkraft nach ungefähr erreicht hätte.

Die Lohnstatistik steht aber auf so wackeligen Füßen, daß schon die Richtigkeit der einzelnen Zahlen und Vergleiche durchaus unstritten ist. Noch viel weniger lassen sich aus Einzelergebnissen verallgemeinernde Schlusfolgerungen für die gesamte Wirtschaft ziehen, und erst recht sind daraus Rückschlüsse auf die allgemeine *reale* Höhe des Arbeitslohnes in Deutschland nicht möglich. Dagegen gibt es eine andere Methode der Lohnermittlung und der Lohnvergleichung, die sich für eine objektive Nachprüfung sehr viel besser eignet, nämlich die Ermittlung des *Lohnanteils im Warenpreise*. Im Verhältnis des Lohnanteils zum Warenpreise drückt sich die Kaufkraft des Lohnes aus, die bestimmend ist für die Höhe der Lebenshaltung der Arbeiter. Der Gesamtpreis der Waren in der Volkswirtschaft entsteht durch die Addition verschiedener Faktoren: Rohstoffkosten, Arbeitslöhne, Kapitalzins, Unternehmergewinn, Handelsunkosten, Steuern u. a. Je höher der Lohnanteil im Preise ist, je geringer die anderen Faktoren bei der Preisbildung sind, um so höher ist nicht nur der reale Lohn der Arbeiter, sondern um so gesunder ist auch die Wirtschaft; denn je höher der Lohnanteil, um so größer die allgemeine Kaufkraft, um so günstiger die Beschäftigungsmöglichkeit. Die Differenz zwischen Lohnkonto und Warenpreiskonto in der Volkswirtschaft auf das geringstmögliche Maß zu verringern, ist die wichtigste Aufgabe sowohl der Wirtschaftspolitik wie der Sozialpolitik. Erst Untersuchungen des Lohnanteils ergeben ein objektives Bild über die tatsächliche Lage der Arbeiter, und dabei ergeben sich auch wirklich brauchbare Vergleichsmöglichkeiten mit der Vorkriegszeit.

Wie groß ist der Lohnanteil im Produkt?

Leider stehen zahlenmäßige Untersuchungsergebnisse in dieser Beziehung nur wenig zur Verfügung. Die Möglichkeit solcher Untersuchungen beschränkt sich im allgemeinen auf die Unternehmensrechnung, die aber dazu sehr wenig Neigung verspürt und es aus begreiflichen Gründen vorzieht, nur die Entwicklung des nominellen Lohnes zu behandeln, ohne dabei den Zusammenhang mit der Preisentwicklung genügend herzustellen.

Wir behaupten — und fordern die Unternehmer auf, das Gegenteil zu beweisen —, daß in der deutschen Volkswirtschaft der Lohnanteil im Warenpreise prozentual viel geringer ist, als vor dem Kriege und im Auslande. Die Ernährungslohnkosten haben zugehört, durch ihre relative Billigkeit einen Ausgleich für die Preissteigerung der industriellen Produkte zu bilden. Sie sind vielmehr jetzt ebenfalls mehr gestiegen als der Lohn. Allein die Entwicklung des Mietpreises liegt noch unter derjenigen des Lohnes. Die Differenz ist aber nicht mehr so groß, um einen Ausgleich herbeizuführen. Ist die Differenz zwischen Lohnanteil und Warenpreis in der Wirtschaft größer geworden, so ist das ein untrüglicher Beweis für den gesunkenen Reallohn, der durch keinerlei lohnstatistische Kunststücke widerlegt werden kann. Die Feststellung, daß der Reallohn gesunken ist, bedeutet allerdings noch keinen Beweis dafür, daß er wieder gehoben werden kann. Wenn wir aber erkennen, daß das Sinken des Reallohn gleichbedeutend ist mit dem Sinken des Lohnanteils in den Warenpreisen, dann haben wir die Stelle gefunden, wo offenbar die Dinge faul sind und geändert werden können. Damit bekommen wir auch die Möglichkeit, von den allgemeinen Betrachtungen über die Wirtschaftslage überzugehen zu der konkreteren Frage des Lohnanteils im einzelnen Produkt.

In der vergrößerten Differenz zwischen Lohnanteil und Warenpreis findet man alle Krankheiten unserer Wirtschaft beleinander. Hier ist der Boden, auf dem die *personelle Uebersetzung* beim industriellen Unternehmertum wie im Handel ge-

deihen kann, wo überflüssige Zwischengewinne ermöglicht werden, wo rücksichtige Formen der volkswirtschaftlichen Organisation und der technischen Einrichtung sich lebensfähig erhalten können und das arbeitslose Einkommen in jeder Gestalt üppig wuchern kann. Mit solchen Krankheiten im Leibe kann eine Volkswirtschaft auf die Dauer nicht leben. Sie zu entfernen, gibt es aber kein anderes Mittel, als zwischen Warenpreis und Lohnanteil wieder ein vernünftiges Verhältnis herzustellen.

Die Lohnpolitik der Unternehmer läuft darauf hinaus, das Mißverhältnis des Lohnanteils im Warenpreise aufrecht zu erhalten. Sie erklären zwar, eine Verbilligung der Produktionskosten und der Warenpreise anzustreben, aber das soll ja eben durch eine Senkung der Lohnkosten geschehen. Sie sind wahrscheinlich der Meinung, daß nicht nur der nominale Lohn, sondern auch der Lohnanteil bei den Produktionskosten heute noch zu hoch sei. Erst für eine spätere Zeit, nach Tilgung der Reparationslast und erfolgter Wiederherstellung des Volksvormögens, stellen sie die Wiederherstellung auch eines größeren Lohnanteils in Aussicht. Dies letztere ist also bei ihnen die für die Zukunft angekündigte Wirkung einer Lohn- und Wirtschaftspolitik, wie sie sie für richtig halten. Wir aber sind der Meinung, daß die Wiederherstellung des richtigen Lohnanteils nicht eine Auswirkung, sondern das wirtschaftspolitische Mittel sein muß, mit dem die Gesundung der Wirtschaft einzuleiten ist. Nach der Auffassung der Unternehmer ist unsere heutige Wirtschaft mit so viel verteuerten Unkosten belastet, daß der Lohnanteil auf absehbare Zeit niedrig bleiben muß, d. h. die Arbeit soll sich mit dem Anteil bescheiden, der nach Abzug aller vorhandenen sonstigen Ausgaben, der notwendigen wie der entbehrlichen, in der Wirtschaft übrig bleibt. Sie muten der Arbeiterschaft eine Lohnpolitik der Resignation zu. Wir dagegen sind der Meinung, daß die anormalen Unkosten der heutigen Wirtschaft kein unabänderliches Fatum, sondern im Gegenteil eine höchst überflüssige und zu beseitigende Erscheinung sind. Das wird aber nur zu erwarten sein durch einen gehörigen Druck auf diese Geschwüre am Körper der Volkswirtschaft. Nach Lage der Dinge kann dieser Druck am ersten, vielleicht überhaupt nur hervorgerufen werden durch eine aktive Lohnpolitik mit dem Ziel: Wiederherstellung des angemessenen Lohnanteils. Dabei können die Vorkriegsverhältnisse vorläufig als Maßstab dienen, d. h. das nächstgelegene Ziel unserer Lohnpolitik muß sein, den in der Vorkriegszeit üblichen Lohnanteil wieder zu erreichen.

Damit haben wir die Frage nach dem Ziel unserer Lohnpolitik so gut beantwortet, wie es uns möglich ist. Die letzten lohnpolitischen Ziele gehen zwischen den Vertretern der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und denen einer profitlosen Gemeinwirtschaft so weit auseinander, daß es zwecklos wäre, darüber auch nur den Versuch einer Verständigung zu machen. Wenn wir nun aber fürs erste eine Verteilung des Arbeitsertrages fordern, wobei der Arbeit selbst nur der gleiche Anteil zufallen soll wie in der Vorkriegszeit, so dünkt uns das nicht unbescheiden zu sein. Macht man sich nur erst von der Vorstellung frei, daß die Arbeiterklasse allein die Reparationszahlungen aufzubringen und darüber hinaus ein neues Volksvormögen zusammenzuhungern habe, so ist nach unserer Meinung unsere Forderung um so eher zu erfüllen, als zweitens die Voraussetzungen vorhanden sind, um den Gesamtertrag unserer Wirtschaft noch wesentlich zu steigern. Mit den Mitteln allerdings, die den Arbeitgebern verschweben, wird dieses Ziel nicht zu erreichen sein. Wir sind aber, wenn die Unternehmer sich zu einer ehrlichen Wirtschafts- und Lohnpolitik im Gegensatz zur reinen Machtpolitik bekennen, durchaus bereit, auch darüber mit ihnen in einen Gedankenaustausch einzutreten.

Nach sechzig Jahren.

Am 28. September vollendeten sich 60 Jahre seit der Gründung der ersten Internationale, der „Internationalen Arbeiterassoziation“. Die Gründung wurde beschlossen in einer Versammlung, die am 28. September 1864 in St. Martins Hall in London stattfand. In dieser Versammlung wurde ein Komitee gewählt, das den Auftrag bekam, provisorische Statuten und eine Prinzipienklärung auszuarbeiten. Diesem Komitee gehörte neben Engländern, Franzosen, Italienern Karl Marx an. Verschiedene Entwürfe lagen diesem Komitee vor, darunter ein Entwurf des Italieners Mazzini, der aus der Internationale „eine Art Zentralregierung der europäischen Arbeiterklassen“ machen wollte. Nach Widerständen setzte sich aber Marx schließlich vollständig durch und wurde mit der Abfassung der Prinzipienklärung und der Statuten beauftragt.

Die Prinzipienklärung (in der Literatur unter dem Titel „Inauguraladresse“ bekannt), war eine Art Rückblick auf die Schicksale der Arbeiterklasse seit 1845, eine Feststellung des damaligen Standes der sozialen Lage der arbeitenden Klassen mit Ausblicken, wie die soziale Lage des Proletariats zu ihren Gunsten verändert werden konnte. In der Prinzipienklärung, wie auch in den Statuten wurde der Arbeiterklasse zum ersten Male ge-

sagt, welche große Bedeutung auch der Gewerkschaftsgedanke für die Befreiung der Arbeiterklasse hat, daß der ökonomische Befreiungskampf wichtiger ist denn der politische, und daß dieser Kampf nicht lokal, nicht national, sondern international geführt werden muß. Aus diesem Gedankensystem heraus heißt es dann auch folgerichtig in der Einleitung zu den Allgemeinen Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation:

„In Erwägung, daß die ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse daher der große Endzweck ist, dem jede politische Bewegung, als Mittel, unterzuordnen ist.“

Es ist derselbe Geist, der dann zwei Jahre später auch den ersten Kongress der Internationale in Gent (1866) beherrscht. Von den vier dort angenommenen, von Marx verfaßten, Resolutionen über die soziale Frage behandelt die vierte die Gewerkschaftsfrage. Es heißt auch darin, daß die Gewerkschaften neben den Tageserfordernissen, die auf Fragen des Lohnes und der Arbeitszeit gerichtet seien, bewußterweise zu „Brennpunkten der Organisationen der Arbeiterklasse“ werden müßten, um ihre vollständige Emanzipation herbeizuführen.

Marx betrachtete den wirtschaftlichen Kampf und die wirtschaftliche Befreiung als der springenden Punkt (den Brennpunkt) der Klassenbewegung des Proletariats. Daher ordnete er den politischen Kampf dem wirtschaftlichen unter. Die Richtigkeit dieser These zeigt unsere heutige Zeit auffällig. Ist durch die Erämpfung der freisten politischen Demokratie das Arbeitsleben der lohnarbeitenden Schichten irgendwie grundsätzlich verändert worden? Niemand wird dies behaupten wollen. Daher sehen heute auch immer mehr lohnarbeitende Schichten ein, daß nur, wenn die politische Demokratie durch die Wirtschaftsdemokratie ergänzt bzw. unterbaut wird, eine wirkliche Veränderung des Arbeitsdaseins herbeigeführt werden kann. So hat jetzt in unserer Zeit der Kampfabschnitt erst begonnen, den Marx nach seinen Überlegungen über die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft und der Bedeutung des Proletariats innerhalb der modernen Gesellschaft den Gewerkschaften vor 60 Jahren mit der Inauguraladresse und der Internationalen Arbeiterassoziation übertrug. Marx eilte damit seiner Zeit voraus. Das internationale Proletariat war in den 60er Jahren sich weder seiner Lage noch seiner Bedeutung in der Wirtschaft bewußt. Am fortgeschrittensten war noch das englische Arbeiterum. Aber auch die notwendige theoretische Schulung zu den in der Inauguraladresse und den Statuten der Internationale niedergelegten Erkenntnissen und die aus diesen zu folgenden Kampfmethoden fehlten auch hier. Die französischen Arbeiter steckten um diese Zeit in einer Vorstellungswelt kleinbürgerlicher Revolutionsromantik und die deutschen Arbeiter waren nach der der 48er Zeit folgenden Reaktionsperiode eben erst im Begriff, zu neuem politischen und organisatorischen Leben zu erwachen. Das deutsche Proletariat war um diese Zeit in seinem inneren Wesen auch noch viel zu unentwickelt und seelisch unausgeglichen, um die schwierige Problematik des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses zu überblicken und in der Veränderung dieser Wirtschaft ihre wirkliche Emanzipation zu sehen. Ihm lag der politische Kampf um Gleichberechtigung viel näher und der Lassallesche Ruf nach dem freien allgemeinen Wahlrecht mußte daher ein viel größeres Echo in der Masse finden als der Ruf von Marx, daß wirkliche Befreiung nur von der wirtschaftlichen Seite zu erwarten und der große Endzweck die „ökonomische Emanzipation“ sei. Noch belastet von Handwerk und Zunft glaubte auch mancher Arbeiter mit dem Wahlrecht und politischen Rechten an eine Rückkehr zu handwerklicher Selbständigkeit. Das Bewußtsein der Klasse im allgemeinen, und das Bewußtsein der historischen Mission der Arbeiterklasse in der gesellschaftlichen Entwicklung im besonderen, war nur erst in einem kleinen Kreise intelligenter Persönlichkeiten vorhanden. Die wirtschaftlichen Probleme lagen für die damalige geistige Entwicklung der Arbeiterklasse viel zu kompliziert, daß sie von dieser in ihrer Mehrheit übersehen werden konnten, und das marxistische Gesetz, daß nur durch eine Veränderung des wirtschaftlichen Unterbaues jeder Gesellschaft auch der politische, kulturelle und ideologische Ueberbau verändert werden kann, und das die Wirtschaft das Primat, während Politik, selbst der Staat, das sekundäre Element ist, dürfte im allgemeinen bei den Arbeitern noch unbekannt gewesen sein.

Aus diesem Milieu heraus ist es durchaus verständlich, daß die Arbeiter den viel einfacher gefagerten politischen Problemen ein größeres Interesse entgegenbrachten. War es nicht so einfach und einleuchtend, wenn Lassalle den Arbeitern sagte, daß, wenn man den vorhandenen 70 bis 80 Prozent proletarischen Zensiten das allgemeine gleiche Wahlrecht verschaffe, diese dann mit dem Hebel des Stimmzettels und der Gesetzgebung soziale Fragen lösen könnten. Aber selbst auf dem viel einfacher gefagerten Gebiet der Politik waren die Arbeiter aller Länder zurzeit der Internationalen Arbeiterassoziation noch sehr unselbständig. In Frankreich konnte der Staatsrechtler Louis Napoleon zurzeit, wo die internationale

Arbeiterassoziation die ökonomische Emanzipation forderte, trotz der revolutionären Traditionen der französischen Arbeiter ohne Sorgen leben; in England fingen sogar die Trades unions an, sich von den geistigen Ausstrahlungen der Chartistenbewegung abzulösen, um sich den Liberalen zu nähern. Eine Bewegung, die von den englischen Arbeitern bald nach 1870 vollendet wurde und sie politisch und wirtschaftlich auf mehr als ein Menschenalter aus engste mit den Liberalen verknüpfte. In Deutschland stand es um diese Zeit mit der politischen Selbständigkeit nicht anders. Die Arbeiterschaft war in sich selbst noch nicht ausgeglichen, hatte sich als Klasse noch nicht konstituiert und ließ sich nach ihrem politischen Erwachen in den 60er Jahren zunächst als ein Anhängsel bürgerlicher Parteien gebrauchen. Klassische Stätten dieser politischen Unselbständigkeit waren die Arbeiterbildungsvereine in den 50er Jahren. Langer Kampf bedurfte es, bis es August Bebel gelang, einen Teil dieser Arbeiterbildungsvereine für den Sozialismus zu gewinnen.

Doch wenn der Aufruf Marx durch die Internationale Arbeiterassoziation an die Arbeiterwelt keine nachhaltigen Folgen hatte, so waren es auch noch andere Ursachen als politische Unmündigkeit und wirtschaftlich-geistige Unreife, Gesellschaftliche Entwicklung erhält bald von der Wirtschaft, bald von der Politik her die Antriebe, wobei die Wirtschaft immer eine Weltepoche hinter der Politik folgt. Wirtschaftlich standen die letzten 60 Jahre im Zeichen weiteren Reifens des kapitalistischen Systems, ohne an das letzte Stadium heranzukommen. In der Politik ging der Kampf dagegen nach mehrhundertjähriger Entwicklung um den Schlußakt des demokratischen Systems. Bei allen Entwicklungen zeigen sich nach Weltgesetz in den Schlußakten die geringsten Widerstände. So war es auch bei dem System der politischen Demokratie. Und da auch in der Gesellschaftsentwicklung das physikalische Gesetz der Schwere zutrifft, d. h., daß die Entwicklung in der Richtung des geringsten Widerstandes verläuft, so dürfte es erklärlich sein, daß die austretende Arbeiterklasse den Kampf dort aufnahm, wo in Anbetracht der Lage und des Standes der Entwicklung die größten Erfolge winkten. Das war auf dem Gebiete der Politik. So konnte die deutsche Arbeiterklasse auch in den letzten 60 Jahren, trotz mancher Rückschläge, Erfolg auf Erfolg buchen, um dann 1913/19 der formalen politischen Demokratie den letzten Schlußstein zu setzen.

Bei diesen erfolgreichen politischen Kämpfen wurde die Wichtigkeit der wirtschaftlichen Emanzipation im Sinne Marx immer mehr übersehen. Ja, es gab, beeinflusst durch große politische Stimmzettel-Erfolge, Zeiten, wo man die Gewerkschaften die nach Marx die ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse durchzuführen haben und daher als die Brennpunkte der Organisation der Arbeiterklasse anzusehen seien, keine Bedeutung beimäß, ja, sie als direkt überflüssig bezeichnete. Es sei nur an die Zeit nach dem großen Wahlerfolg der Sozialdemokratischen Partei 1890 erinnert und die Debatten auf den verschiedenen der folgenden Parteitage. Selbst ein August Bebel ließ sich durch die Stimmzettel-Erfolge blenden, und auf dem Parteitag in Erturt (1891) trat dies drastisch in Erscheinung, wo Bebel in einer Polemik gegen v. Vollmar ausführte:

„Die bürgerliche Gesellschaft arbeitet so kräftig auf ihren Untergang los, daß wir den Moment abzuwarten brauchen, in dem wir die ihnen Hände entfallende Gewalt aufzunehmen haben. Ja, ich bin überzeugt, die Verwirklichung unserer letzten Ziele ist so nahe, daß wenige in diesem Saale sind, die diesen Tag nicht erleben werden.“

Wenn auch im Laufe der Jahre diese politischen Illusionen verrauchten und die Arbeiter ihre wirtschaftlichen Vertretungen wieder mehr beachteten und förderten, so waren die Gewerkschaften aber noch längere Zeit, von wenigen Ausnahmen abgesehen, geistig und in praxi den Zeitverhältnissen entsprechend ganz den Ideologien der politischen Auffassung der Arbeiterklasse unterworfen. Auch die seit der Jahrhundertwende einsetzende Verselbständigung der Gewerkschaften änderte an der geistigen Gesamtaufassung über die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse sehr wenig. Man glaubte mehr oder weniger mit der politischen Stimmzettel-Demokratie, die gesamten gesellschaftlichen Verhältnisse verändern zu können. Daher auch die gewaltige Enttäuschung und Verwirrung in der Arbeiterklasse, als man ein sah, daß mit der politischen Formal-Demokratie die allgemeinen gesellschaftlichen Verhältnisse nicht wesentlich verändert waren. Was dann weiter geschah, waren Verzweiflungsakte einer riesig enttäuschten Masse. Man wollte mit Gewalt erzwingen, was die organische Entwicklung noch versagt hatte.

Nach Jahren weiterer Gärung dürften wir uns heute in dem Stadium befinden, daß immer weitere Kreise der Arbeiter, aber auch anderer Lohn- und Gehaltsempfänger mehr und mehr begreifen, daß nur eine grundsätzliche Veränderung des Arbeitsdaseins herbeigeführt werden kann, wenn zu der politischen Formal-Demokratie die wirtschaftliche Demokratie hinzutritt. In dem Zeitabschnitt, mit seinen geistigen und technischen Zwischenwelten,

in dem die Gleichberechtigung auch in der Gesamtwirtschaft herbeigeführt werden soll, dürften wir eingetreten sein. Die politische Entwicklung ist mit der formalen Demokratie zunächst zu einem gewissen Abschlusse gekommen, der viel schwierigere und kompliziertere Kampf um die Wirtschaft beginnt. Wie dieser verläuft und in welchem Tempo, dürfte davon abhängen, welche wirtschaftlichen und geistigen Qualitäten die Arbeiter zu entwickeln vermögen. Das Tempo der Entwicklung wird zur Qualitätsfrage werden, denn das Majoritätsprinzip, das Gesetz der rohen Kraft und der großen Zahl, wird in der teinnervigen komplizierten Wirtschaft versagen.

Was Marx vor 60 Jahren in der Inauguraladresse, den Allgemeinen Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation und den Resolutionen des Genter Kongresses der Arbeiterklasse zumutete, ist im Geschichtsverlauf durch eine politische Zwickelwelt unterbrochen worden, aber unumstößliche Wahrheit ist geblieben, daß die ökonomische Emanzipation der große Endzweck der Kämpfe der Arbeiterklasse bilden muß. Die Gewerkschaften, so sagte Marx vor 60 Jahren, sind die „Brennpunkte der Organisation der Arbeiterklasse“, und sie werden, nach Marx, diese Endkämpfe führen müssen.

K. Zwing.

Der Verbandstag der Buchdrucker.

(Schluß)

In einer Abend Sitzung wurde dann über die technische Entwicklung im Berufe, das heißt, über den Offsetdruck diskutiert. Als Vertreter des Verbandsvorstandes gab der Kollege Hoelne eine kurze Einleitung, in der er sich sowohl auf Ausführungen des internationalen „Bulletins“ der Lithographen, wie auch auf Äußerungen maßgebender Personen unseres Verbandes bezog. Ohne sich auf die technische Seite der Frage einzulassen, war er der Meinung, daß die beiden, dem Verbandstag vorliegenden Anträge sich in einer Richtung bewegten, die gangbar sei. Der Vertreter der Zentralkommission der Buchdruckmaschinenmeister, Kollege Ackermann, eröffnete, sagen wir in temperamentvoller Weise, den Reigen. Der unsere Kollegen genügend bekannte Standpunkt der Buchdrucker in dieser Frage wurde dabei vom organisatorischen Standpunkt entwickelt. Besonders Mißfallen hat nach dem Redner die Haltung der „Graphischen Presse“ hervorgerufen, die in unsäglichlicher Art wesentlich dazu beigetragen habe, die Frage aus einer der Erwägung zu einer solchen des Streitiges zu machen. Besonders hervorzuheben habe sich dabei Leipzig, das mit sehr anfechtbarem Material arbeite. Demgegenüber hätten sich die Buchdrucker großer Zurückhaltung befleißigt. Es könne nicht verkannt werden, daß die seinerzeit getroffenen Richtlinien bei der sprunghaften Entwicklung nicht mehr ausreichend seien und daß schon aus diesem Grunde ein Ausgleich gesucht werden müsse. Seine Ausführungen endeten mit dem Wunsch, den Beschluß des Maschinenmeisterkongresses zu sanktionieren und damit die Anträge 118 und 119 als erledigt zu betrachten.

Als Vertreter unseres Verbandes führte Kollege Herbst ungefähr aus: Nachdem in mühsamen Verhandlungen eine Verständigung über die Richtlinien erfolgt und diese auch von beiden Verbandstagen sanktioniert worden seien, könne von einer willkürlichen Abänderung der Richtlinien keine Rede sein. Unmittelbar nach Festlegung der Richtlinien habe schon die Legendenbildung begonnen. Offizielle Organe des Buchdruckerverbandes hätten neben besonders dazu veranlagten Rednern, den Gegenstand zu einem solchen des Agitationsbedürfnisses gemacht. Dazu eigne sich dieser aber nicht, denn die ganze Angelegenheit könne nur auf dem Wege der Verständigung geregelt werden. Die Verständigung sei nur mit uns, nicht gegen uns möglich. Das schlicke jedes Diktat aus. Die Entscheidung des Maschinenmeisterkongresses sei aber ein solches Diktat. Die Verständigung, die mit uns zu suchen sei, wäre überdies den Sparten im Buchdruckerverband selbst angelegentlich zu empfehlen. Von uns könne nicht mehr verlangt werden, als die immer noch gültigen Richtlinien loyal zu handhaben. Eine Klage über zweckwidriges Verhalten von uns ließe sich aber nicht vorbringen. Wenn die ganze Sache nicht zu Agitationszwecken ausgeschlachtet worden wäre, würden wir wahrscheinlich in ruhiger Entwicklung weiter gekommen sein, als es jetzt der Fall ist. Es mißte deshalb vor Annahme irgendwelcher Beschlüsse, die eine Verständigung verhindern oder erschweren, dringend gewarnt werden. Es sei zudem organisierter Arbeiter unwürdig, sich über Fragen der Technik zu streiten und vor den Augen der Unternehmer Indianertänze aufzuführen. Die bestehenden Richtlinien reichten vollständig aus, bis unser eigener Verbandstag erneut dazu Stellung nehmen könne. Es könne auch nicht gesagt werden, daß wir die Frage darauf zuspitzen, eine Anzahl Mitglieder zu erwerben. Ein unzulässiger Zwang zum Übertritt in unsern Verband für die bis jetzt übernommenen Buchdrucker sei nicht ausgeübt worden. Dieser Zwang würde auch bis zur endgültigen Regelung der Frage nicht ausgeübt werden. Tat-

sache sei, daß eine Anzahl der übernommenen Buchdrucker zu unserm Verbande übergetreten ist, also den hier bekundeten Wert auf Zugehörigkeit zum Buchdruckerverband gar nicht zeigen. Viel wichtiger als die Frage der Zugehörigkeit zu dieser oder jener Organisation sei, daß das Gebiet nicht zersissen würde. Die Verfügung hierüber muß nach wie vor in einer Hand bleiben.

In der sehr lebhaften und lang ausgedehnten Diskussion machten die Redner aus ihren Herzen keine Mördergruben. Vorkommnisse dieser und jener Art wurden, wie es im Streit leider immer wieder vorkommt, verallgemeinert und daraus Schlüsse gezogen, daß uns an einer friedlichen Verständigung nichts gelegen sei. Dabei wurden einzelne Vorgänge einer ganz besonderen Betrachtung unterzogen. Mehrere der Diskussionsredner bedauerten die auffällige Zurückhaltung unseres Vertreters, der alles, wie bisher im Dunkeln lasse. Wenn man auch den guten Willen und die Ehrlichkeit unseres Vertreters nicht bezweifeln könnte, so wären seine Ausführungen doch darauf gestimmt, in dieser Frage nicht zu drängen. Mit solchen platonischen Äußerungen sei aber den Buchdruckern nicht gedient, es müsse deshalb Dampf hinter die Sache gemacht werden.

Könnten alle diese Äußerungen, die mit mehr oder weniger Temperament vorgebracht wurden, noch ertragen werden, so machte die Rede des Sekretärs des schweizerischen Typographenbundes, Schlumpf, auf jeden objektiv Denkenden einen sehr schlechten Eindruck. Mit einer Ueberheblichkeit wurde dabei über den Offsetdruck und seine technischen Erdordernisse geurteilt, daß der unkundige Laie klar hervortrat. Was an Können und Wissen auf dem Gebiete des Offsetdruckes mangelte, wurde durch Phrasen ersetzt,

Trotzdem der Industrieverband in der Urabstimmung abgelehnt worden ist, hält der Verbandstag ein enges Zusammenarbeiten der vier graphischen Verbände im Graphischen Bund für notwendig, um die Entwicklung zum graphischen Industrieverband zu fördern. Dazu ist die Durchführung folgender Punkte erforderlich: 1. Einführung gleichartiger Satzungen, 2. Vereinheitlichung der Mantelartik, 3. gleichartige Gestaltung der Beitrags- und Unterstützungseinrichtungen, 4. Bildung eines graphischen Sekretariats und Anstellung eines Sekretärs. — Der Verbandsvorstand wird daher beauftragt in Graphischen Bund im Sinne der Verwirklichung dieser Vorlage zu arbeiten und das Ergebnis einer Gauvorsteherkonferenz zur Beschlußfassung und Weiterleitung an den nächsten Verbandstag zu unterbreiten, nahm der Verbandstag unter den üblichen Schlußreden sein Ende.

Kündigung des Chemigraphen- und Kupferdruckerartefes.

Im vorigen Artikel wurde dargelegt, daß im Tarifamt je länger je mehr jede Partei nur ihre Interessen vertritt. Damit tritt die Gewerbepolitik, die Politik dessen, was dem Gewerbe dienlich ist, in den Hintergrund. Dadurch mußten unweigerlich die Gegensätze sich verschärfen. Man ist, was man selbstverständlich auch sein soll, der Anwalt seiner Partei; aber damit, daß man Richter und Beigeordneter über der Partei sein soll, hapert es.

Mit einem Worte, das Tarifamt ist weniger wie vor dem Kriege!

Schuld daran ist natürlich die Revolution.

So selbstverständlich diese war, so sehr wurde verkannt, daß die Revolution nur wurde und Erfolg haben konnte, weil sie die Beendigung des Krieges und die Herunterholung der Menschenrechte zum Ziele hatte.

Aber die politische Revolution sollte umschlagen zur wirtschaftlichen; daran mußte sie scheitern. Wer die Schuld nicht im wirtschaftlichen System, sondern in Personen- und politischen Einstellungen sucht, der hat der Dinge Deutung nicht erkannt. Leider ging das vielen so. Es wurden von der Mehrzahl der Arbeiter Deutschlands nicht bloß die Begriffe verwechselt, sondern die Realitäten nicht erkannt. Man glaubte die neue Zeit eben gekommen.

In unserem, von keiner Kriegskonjunktur belasteten Gewerbe war die Not der Arbeiter natürlich groß und die Hoffnung infolge dessen auch. Wer will da rechten mit der Unzufriedenheit, mit dem Nichtverstehen dessen, daß die Führer nicht über die harten Tatsachen hinweg kommen konnten, daß Angebot und Nachfrage die Verhältnisse regeln? Daß nicht die Gewerblage schuld war an der miserablen Lohngestaltung in unserem Gewerbe, sondern die Geschäftslage, hat sich ja nun erwiesen! So wenig wir uns das Verdienst heimesen wollen oder können, daß wir in der kurzen Zeit von sechs Monaten mit unseren Löhnen wieder voran gekommen sind, so wenig war es die Schuld von Personen auf Gehilfen, daß alle Bemühungen, während der Inflation die Löhne entsprechend zu gestalten, ohne Erfolg blieben. Eben so wenig lag die Schuld daran, daß unsere Unternehmer härter waren als andere. Was von uns in dieser Beziehung alle die Jahre über gesagt wurde, hat sich doch als zu Recht gesagt erwiesen.

Möge man dies nicht zu bald vergessen! Weil dies aber so ist, so sei endlich auch gesagt: so falsch das Denken der Kollegen über den Tarif war, so unrichtig war auch ihr Handeln während der Laufzeit des Tarifes. Die fortwährenden Verstöße gegen Geist und Inhalt des Tarifvertrages sind es, die zermürbend auf den Geist der Verhandlungen gedrückt haben. Die einzige Entschuldigung für dieses Handeln ist nur, daß alles aus dem Geiste der Zeit heraus entstanden ist. Das mag ein Trost dann sein, wenn man die Ereignisse der Zeit geschichtlich betrachtet, aber es tötet die Sache, wenn man in den Fehlern beharrt: So selbstverständlich es ist, für Verbesserung seiner Existenz zu kämpfen, so sehr muß auch gesagt sein, daß, wer die Freiheit des Kampfes für sich in Anspruch nimmt, die verdamnte Pflicht hat, auf einen gemeinsamen Pakt alias Tarifvertrag zu verzichten, denn der Tarifvertrag schließt die Selbsthilfe aus. So sehr ich erwarte, daß jeder Kollege ein ganzer Kämpfer ist, so sehr verlange ich, daß er dies mit stolzem absolutem Rechtsempfinden tue. Und ein Mitglied einer Tarifgemeinschaft hat sich seines Streikrechtes begeben. Wer streiken will, muß auf einen Tarif verzichten.

Wer sagt — und wie oft wird das von unseren Kollegen gesagt — das Recht auf bessere Existenz geht dem Recht des Gesetzes vor, der habe wenigstens den Arbeitermut, dies vorher zu gestehen; der gestehe vor dem Tarifbruch die Unmöglichkeit ein, sich dem Tarife zu beugen und wirke für Aufhebung des Gesetzes.

Wer streiken will, gibt dem anderen das Recht auf Aussperrung. Weil eine Aussperrung eine Rohheit ist, ist ein Streik unter Vertragsbruch eine Unehrlichkeit! Möge man mich ob dieser

~ Ausfreibung ~

Wir werden ersucht, für den Internationalen Gewerkschafts-Bund den Entwurf eines Signums zu beschaffen, das den Gedanken internationaler Solidarität und Arbeit veranschaulicht und die Drucksachen des I.G.D. als solche für Jedermann kenntlich machen soll. Mit einem einfachen Monogramm ist also nicht gebient. Es muß und zur Ehre gereichen, diesen Entwurf zu liefern, dessen Reproduktion für Hochdruckzwecke gedacht ist. Deshalb bitten wir unseze Zeichnerisch befähigten Mitglieder um Beteiligung an dieser Aufgabe. Die Entwürfe sind an uns einzusenden und gehen dann durch den I.G.D. an den I.G.D.

Der Verbandsvorstand

die wahrscheinlich die Tapferkeit der schweizerischen Typographen zeigen sollten. Die ganzen Ausführungen, die wahrscheinlich eine Rechtfertigung der nicht zu rechtfertigenden Vorgänge in Laupen darstellen sollten, waren nur der Antwort wert, daß in Deutschland ein Laupen unmöglich sei, weil es in diesem Lande an allen Voraussetzungen zu solchen Taten mangle. Daß der Strategie aus der Schweiz trotzdem bei der Mehrheit des Kongresses Beifall fand, ist nicht verwunderlich, denn ein großer Teil der Buchdruckerkollegen glaubt, im Streite gegen uns in dieser Frage mehr zu erreichen, als durch vernünftige Verständigung. Nach diesem vorübergehenden Rausch kehrte ertrotzlicher Weise die Vernunft wieder zurück. Nicht unerwähnt soll dabei bleiben daß der Vorsitzende des Verbandes, Kollege Seitz, von vornherein abwies, den Beschluß des Buchdruckmaschinenmeister-Kongresses auf Gründung von Offsetlehrwerkstätten beizutreten.

Der Verhandlungsgegenstand endete damit, daß alle Entschliefungen und Anträge zurückgezogen wurden, dafür aber der Antrag 119 der Vorlage angenommen wurde. Er lautet:

Die betrefis der Offsetmaschinenbedienung getroffenen Vereinbarungen sind einer Revision zu unterziehen in der Richtung, daß sowohl Buchdrucker als auch Steindruckere diese Maschine bedienen können. Ein Zwang zum Übertritt von einer Organisation in die andere darf nicht festgelegt werden.

Nach diesem Antrage obliegt den Zentralen, in weiteren Verhandlungen nach einem Wege zu suchen, der die Differenzen in den Auffassungen nicht zum Schaden der Arbeiter des Gewerbes kommen läßt.

Die weiteren Verhandlungen des Verbandstages wandten sich dann am 6. Tage den Bildungsbestrebungen zu, über die der Kollege Dreßler instruktiv unterrichtete. Nach Berichten der ideellen und der materiellen Kommission, in der uns besonders folgender Beschluß interessiert:

Darlegung steinig, aber Tarifvereinbarung heißt nichts anderes als Abkehr von den alten Mitteln der Interessenvertretung. Was ist aber von den Gehilfen geleistet worden in dieser Beziehung, und fast stets mit Drehen und Deuteln. Mir sagte man einmal, wir haben die Gesamtkündigung eingereicht, weil alle unsere Bemühungen um die notwendige Lohnerhöhung vergebens waren, weil man Schindluder mit uns getrieben hat. Wir möchten den sehen, der es wagt, uns deshalb Tarifbruch vorzuwerfen.

Nun, ich war so vermessend, dies zu tun! Natürlich haben die Kollegen fast nie begreifen wollen, daß mehr noch als der Verstoß, das Leugnen desselben mich in Harnisch brachte. Das hat sich ja jetzt geändert; man pocht auf sein Lebens- und Arbeiterrecht und hält als der Unterdrückte viele Mittel für recht, um zum Erfolg zu kommen. Ein Tarifverstoßchen — was ist da groß dabei. Meinethwegen schön so und gut so. Aber die Freiheit des Handelns für sich in Anspruch zu nehmen und dann in kritischer Zeit die Hilfe des Tarifamtes anzurufen: so geht es nicht. Dann zieht doch endlich die Konsequenzen und schmeißt nicht nur den Tarif, sondern die ganze Kündigungszeit in die Ecke. Dann seid ihr Kerle. Es geht auch sehr wahrscheinlich gar nicht anders, denn es steht mülmig mit uns in punkto Treu und Glauben und Abmachung.

Wenn man so Revue passieren läßt zum Zeitpunkt der Tarifänderung oder Kündigung, was alles getan worden ist in Gesamtkündigungen und was alles geschah in bezug auf Massenkündigungen, dann wird man gezwungen, so zu den Kollegen zu reden. In letzter Zeit wurde ich interpelliert, den Begriff Massenkündigung zu erklären. Folgender Tatbestand lag vor: Von acht Photographen einer Firma kündigten alle vier Autographen. Behauptet wurde, das sei keine Massenkündigung. Ja, Kollegen, wenn die Schiedsrichter sich eine solche Auffassung aneignen würden, wie sollten sie da bestehen können, wenn ein Prinzipal dasselbe tun würde.

Was haben wir geleistet gegenüber dem Organisationszwang, der nicht mehr ist?

Wir haben dafür nur noch die Bindung nicht in tarifreuen Firmen zu arbeiten! Wer lacht da? Vor mir liegt der Brief eines Kollegen, darin heißt es: ja, die Firma zahlt besser! Da muß man die Kollegen bald kniefällig bitten: macht doch die Firma tarifreu, es tut nicht weh. Wie oft geben wir uns das Recht in tariftreuen Firmen zu arbeiten, aber wie können wir tapfer schmälen, wenn ein Prinzipal einen Unorganisierten einstellt.

Passive Resistenz? Wer da glaubt, das Recht hierzu zu haben, der ist nicht nur ein Sophist, der ist ein Jesuit.

Verweigerung von Ueberstunden? Beileibe nicht mit der Motivierung, man möchte auch mal pünktlich Feierabend haben; wir haben schon wochenlang unerträgliche Ueberstunden gemacht, es ist nun genug damit. Nein, Ueberstunden werden verweigert nicht aus gewerkschaftlich-ethischen Gründen sondern nur um Lohnzulagen herauszuholen. Wenn man dann Lohnzulage erhalten hat, dann begeht man einen neuen Tarifbruch und macht mehr Ueberstunden, als tariflich zulässig ist.

Es ist ein ganzer Packen, was wir auf dem Kerbholz haben. Trotzdem, wir würden fertig damit.

Da aber ein großer Teil der Kollegen nicht gewillt ist, auf diese unartificialen Mittel zu verzichten, da ein anderer ebenso erheblicher Teil den

tariflichen Schutz fordert, so ist das Dilemma allmählich so groß geworden, daß es über die Hut-schnur geht.

Es sind der Hemmnisse zu viele um die Tarifgemeinschaft im Chemigraphie- und Kupferdruck-gewerbe auf die Höhe ihrer moralischen Bedeutung zu bringen, die sie vor dem Kriege hatte.

Wir haben da manchen Stein in den Weg gelegt!

Und dann die Herren Prinzipale!

Berichtigung. Im ersten Artikel muß es Seit: 132, 1. Spalte, 9. Zeile von unten statt Buxen-steintragik Buxensteinlogik heißen.

Delegation des Verbandes zur Arbeiter-Akademie.

Wer die Wahl hat, hat die Qual. Und der Verbandsvorstand hatte wirklich eine schwere Wahl, als es die Entscheidung zu treffen galt, wer von den Kollegen-Bewerbern der Auserwählte sein sollte, der in systematischer Unterweisung sich das geistige Rüstzeug holen darf, im Dienste der Arbeiterbewegung mit Erfolg tätig sein zu können.

Nicht weniger als 15 Kollegen hatten auf die Ausschreibung des Verbandsvorstandes hin ein Gesuch um Berücksichtigung bei Auswahl der Delegation zur Frankfurter Arbeiter-Akademie eingereicht, die von der Mitgliedschaftsverwaltung und zum Teil auch von der Gauverwaltung begutachtet waren. Alle Bewerbungsschreiben machten den denkbar besten Eindruck. Aber es konnte ja nur einer der Auserwählte sein. Leider! Aber auch für uns gilt, daß die Füße unbedeckt bleiben, wenn wir uns nicht nach der Decke zu strecken verstehen. Wenn es wenigstens hätten zwei sein können, dann wäre nicht zuletzt die Wahl zwischen zwei gleichwertigen Bewerbern nötig gewesen.

Gerade die Schwere der Wahl kann uns mit Stolz erfüllen. Zeigt sie doch, daß geistige Regsamkeit in unserm Verbands lebt. Und die ist schließlich doch der Grund, von dem aus es vorwärts gehen muß. Kam schließlich der Verbandsvorstand auch zu der einmütigen Ansicht, den Kollegen Paul Krämer, Barmen, als Schüler für die Akademie der Arbeit aus der Zahl der Bewerber auszuwählen, so mag für die andern auf-geschoben nicht aufgehoben sein. Denn auch für den Verbandsvorstand soll aufgehoben nicht aufgehoben sein. Und zwar die Delegation eines Schülers nach der Heimvolkshochschule Tinz.

Für den nun lautenden Kursus in Tinz nahm der Verbandsvorstand um deswillen keine Auswahl eines Schülers vor, weil inzwischen schon alle Plätze belegt waren. Es muß deshalb notgedrungen-einstweilen von einer solchen Delegation Abstand genommen werden. Aber wie schon gesagt: aufgehoben soll nicht aufgehoben sein. Wenn der Verbandsvorstand dann erneut an die Kollegen herantritt, um auch weiteren Kollegen das Recht zur Einreichung einer Bewerbung zum Besuche der Heimvolkshochschule Tinz einzuräumen, dann möge das Resultat dieser Ausschreibung zumindest das Gütliche sein. Wir wollen eine Welt gewinnen! Sorgen wir deshalb dafür, daß wir auch das geistige Rüstzeug besitzen zu solch großer Tat. Geistige Regsamkeit ist die erste Voraussetzung dazu.

Ortsbericht.

Wanfried. Es ist das erste Mal, daß die Mitgliedschaft Wanfried den Raum der „Graphischen Presse“ in Anspruch nimmt. Unsere Mitgliedschaft liegt abseits der größeren Verkehrswege, so daß selten etwas von außen unsere örtlichen Verhältnisse berührt. Als nach Abschluß der dies-jährigen Tarifverhandlungen uns die allgemeine Einführungszulage nicht geworden ist, forderte uns der Verbandsvorstand auf, uns mit gewerk-schaftlichen Mitteln diese Zulage zu sichern. Im Verlauf der Dinge kam es zu Auseinandersetzungen, in die der Kollege Herbst vom Verbandsvorstand eingriff. Die Folge dieses Eingreifens war, daß die Arbeit 3 1/2 Tage ruhte. In dieser Zeit wurde durch Verhandlungen nicht nur die Ein-führungszulage von 3.— Mk. erreicht, sondern darüber hinaus Qualitätszulagen erzielt, die der Lohn in der Spitze auf 40.— Mk. brachten; ge-genüber dem bisherigen Spitzenlohn von 28.— Mk. ein annehmbares Ergebnis. Die Verbands-kollegen sind dadurch einigermaßen in die Reihe der übrigen Kollegenschaft gerückt. Außerdem hat die Firma Peter Israel den Tarif schriftlich anerkannt.

Der Verlauf der ganzen Bewegung ließ es ar-gebracht erscheinen, in einer öffentlichen Ver-sammlung, in der erfreulicherweise die kommunalen Behörden, die Lehrerschaft und auch die Firma vertreten waren, auf die Bestrebungen un-seres Verbandes hinzuweisen. Der Kollege Herbst hielt einen technischen Vortrag, der durch reich-haltiges Anschauungsmaterial unterstützt wurde. Zum ersten Mal erhielten auf diese Weise nicht nur unsere Kollegen, sondern auch die öffentli-chen Körperschaften in Wanfried Einblick in das graphische Gewerbe. Dieser Einblick zeigte den berühtrenden Besuchern, welche Ansprüche an die Arbeiter des Gewerbes gestellt werden. Der in der Versammlung anwesende Bürgermeister stellte in Aussicht, daß den Lehrlingen des Gewer-bes in besonderem Fortbildungsunterricht die Möglichkeit beruflicher Erthichtigung geboten werden müßte. So hat denn auch diese Veranstaltung der Mitgliedschaft dazu beigetragen, die Ange-hörigen des Gewerbes vorwärts zu bringen und ihnen die Stellung in der Gesellschaft zu verschaf-fen, auf die sie durch ihre Arbeitsleistungen An-spruch haben.

Bekanntmachungen.

Achtung, Formstecher!

Nachdem der Tarif durch Annahme der Ver-tragsparteien verbindlich geworden ist, übt die Funktion des Arbeitsnachweisverwalters Herr Louis Siegmund, Braunschweig, Eulenstr. 10 aus.

Da die Vermittlung von Arbeitskräften nur durch den Arbeitsnachweis erfolgen darf, ersuchen wir unsere Mitglieder, sich in allen Fällen des Stellungswechsels an den Arbeitsnachweis zu wenden. Gehilfen, die ohne Vermittlungskarte in einem Betrieb in Stellung treten, sind uns zu nennen.

An die Mitgliedschafts- und Gauvorstände ergingen Rundschreiben Nr. 142 und 143. Ferner Abrechnungsjournale, Statistikarten, neue Verbandsmarken und andere Drucksachen. Bei Nicht-eingang wolle man an uns Reklamation richten.
Der Verbandsvorstand.

Retuscheur
sofort gesucht. Ausführliche Bewerbungen an
Neuburg & Wilms, Hamburg, Alter Steinweg 73.

FARBÄTZER
beste Kraft für Offset und Klischee, findet gutbezahlte Dauerstellung.
Carl Weddigen, Druckereigesellschaft m. b. H., Barmen-R.

August Schuler Stuttgart
GRAPHISCHE KUNSTANSTALT sucht zum baldigen Eintritt tüchtige

**Maschinen-Retuscheure,
Farbenätzer, Chromolithogr.,
Nachschneider, Schwarzätzer.**

Es wollen sich jedoch nur ältere, tüchtige Kräfte melden. Arbeits-proben und Zeugnisse sind mit einzusenden.

HOLZ- UND MESSINGSTECHEUR
stellen ein
**Häntsch & Vogel, Berlin-Weissensee,
Sedanstraße 28.**

Wir suchen zum sofortigen Eintritt
einen I. Reproduktions-Photographen
perfekt in Farben-, Schwarzauto und Offset. Dauerstellung, höchster Lohn, Umzugsvergütung. Angebote nur erstklassiger Kräfte an
**Ewald Steinmetz & Co., Graph. Kunstanstalten,
Hannover. Gegründet 1880.**

ZEICHNER
sofort gesucht. Ausführliche Bewerbungen an
Neuburg & Wilms, Hamburg, Alter Steinweg 73.

**Maschinen-Retuscheure,
Farbätzer, der auch schwarz ätzt,
Andrucker,**
in gute Stellung sofort gesucht. Es wollen sich nur beste Kräfte mit Zeugnisabschriften, Alters-angabe und Lohnansprüchen melden.
**Ankarstrand, Inhaber Mengel & Jung, Breslau 13,
Moritzstraße 19.**

Wir suchen zum möglichst sofortigen Antritt ältere verheiratete
Auto- und Farb-Ätzer
welche Meinung haben, sich in Braunschweig an-sässig zu machen, in Dauerstellung bei tarifmäßiger Bezahlung.
**J. G. Huch & Co., G. m. b. H.,
Braunschweig, Helmstedter Str. 32.**

Gesucht durch den Arbeitsnachweis
**6 tüchtige ledige
Messingstecher**
**Germania Linoleum-Werke A.-G.,
Bietigheim bei Stuttgart.**